

11.10.2017

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Gesetzentwurf der Landesregierung über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Nachtragshaushaltsgesetz 2017)
Drucksache 17/538

zu der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 17/821 -

Landesregierung scheitert an eigenen Ansprüchen – Nachtragshaushalt ist unsolide und unsozial

I. Ausgangslage

Beste Voraussetzungen für eine soziale und solide Haushaltspolitik.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung des Landes mit zuletzt 2 % Wirtschaftswachstum und die damit verbundenen Rekordsteuereinnahmen, mit einem Wachstum die in den ersten neun Monaten des Jahres um 7 % angestiegen sind, ergeben beste Voraussetzungen, auch weiterhin notwendige Zukunftsinvestitionen mit dem Abbau von Schulden zu verbinden. Insbesondere die 1,3 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen bieten Handlungsspielräume für wichtige Maßnahmen, insbesondere eine noch stärkere Unterstützung der Kommunen.

Landesregierung scheitert an eigenen Ansprüchen

CDU und FDP scheitern an den eigenen Ansprüchen in der Haushaltspolitik. Gebetsmühlenartig forderten sie in der Opposition, dass der Abbau der Neuverschuldung Priorität haben muss, dass neue Ausgaben durch Einsparungen finanziert werden müssten und dass zusätzliche Steuereinnahmen zur Schuldentilgung genutzt werden müssen.

Nun geschieht das genaue Gegenteil. Zusätzliche Mittel werden genutzt, um finanzielle Polster anzulegen. Trotz einer Haushaltsverbesserung von mehr als 1,6 Milliarden Euro werden 1,5 Milliarden Euro neue Schulden gemacht.

Datum des Originals: 11.10.2017/Ausgegeben: 11.10.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Landesregierung bricht zentrale Wahlversprechen

CDU und FDP hatten versprochen die Bürokratie abzubauen und insbesondere in den Ministerien Personal abzubauen. Jetzt passiert das Gegenteil: 139 hoch dotierte Stellen in der Ministerialbürokratie werden geschaffen, um die Ministerien parteipolitisch auf Linie zu bringen.

Statt maßvoll zu handeln, wie etwa bei der Regierungsbildung 2010 mit 46 Neueinstellungen, bläht die neue Landesregierung nun die Ministerialbürokratie mit neuen 139 Stellen maßlos auf. Diese werden dauerhaft eingerichtet, statt der Empfehlung des Landesrechnungshofs zu folgen neue Stellen zur Regierungsbildung Kw zu stellen.

CDU und die FDP hatten versprochen, schnellstmöglich die Kommunen stärker zu unterstützen. Insbesondere vom damaligen Fraktionschef und heutigen Ministerpräsidenten Armin Laschet wurde die komplette Durchleitung der den Ländern zustehenden Integrationspauschale des Bundes gefordert. Statt der versprochenen 434 Millionen Euro erhalten die Kommunen für die Integration von Flüchtlingen im Nachtrag keinen einzigen Euro. Stattdessen werden die Kommunen mit 100 Millionen Euro zur Krankenhausfinanzierung zusätzlich belastet. Die Verschiebung in das Jahr 2018 durch CDU und FDP ist lediglich Kosmetik.

CDU und FDP hatten versprochen, umgehend die Situation der Schulen durch zusätzliche Stellen an Berufskolleg, eine bessere Bezahlung von stellvertretenden Schulleitern und die dauerhafte Absicherung von Lehrerstellen für Integration durch Entfristung zu verbessern. Stattdessen gibt es keinen zusätzlichen Cent für die Schulen.

CDU und die FDP hatten versprochen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. Nun werden ausgerechnet die Mittel für den sozialen Arbeitsmarkt in Höhe von 10 Mio. Euro gestrichen, die Langzeitarbeitslosen Chancen auf Beschäftigung ermöglicht hätten.

Richtige Maßnahmen falsch umgesetzt

Die Handlungsspielräume durch massive zusätzliche Steuereinnahmen werden z.T. für richtige Maßnahmen vorgesehen, aber dann häufig fehlerhaft umgesetzt:

Das sogenannte „Rettungspaket“ für Kitas folgt der Linie der SPD-geführten Landesregierung die Mittel für die Betreuung zu erhöhen. Von 2010 bis 2017 wurden die Mittel für Kindertageseinrichtungen stetig erhöht und zwar von 1 Milliarde auf 3 Milliarden Euro. In den Regierungsjahren wurde die Dynamisierung von 1,5 % auf 3 % erhöht, die Mittel für das weggefallene Betreuungsgeld wurden vollständig in die Kindertagesbetreuung gesteckt. Die zusätzlichen 250 Millionen pro Kindergartenjahr sind eine willkommene Unterstützung von Trägern. Problematisch ist, dass die Mittel per Gießkanne verteilt werden und sich nicht an der finanziellen Situation der Einrichtungen orientieren.

Die Übernahme eines höheren Anteils beim Unterhaltsvorschuss durch das Land ist richtig. Berechtigt ist allerdings die Kritik der Kommunen, dass die angekündigten Entlastungen der Städte und Gemeinden bei den zusätzlichen Personalkosten durch die Zentralisierung der Rückforderung sehr unverbindlich sind.

Mit den zusätzlichen 300 Ausbildungsstellen orientiert sich die neue Landesregierung an der entsprechenden Forderung der SPD.

Bei den zusätzlichen Stellen für den Verfassungsschutz haben Gewerkschaften gefordert, dass dadurch nicht die Polizeibehörden geschwächt werden dürfen. Dies muss sichergestellt werden. Bei zusätzlichen Stellen muss die Landesregierung transparent darstellen, bis wann diese Stellen besetzt werden.

Die Erhöhung der Investitionsmittel für Krankenhäuser ist richtig. Sie folgt der Linie der SPD-geführten Landesregierung zusätzliche Steuereinnahmen auch für Investitionen zu nutzen und nicht ausschließlich zum Schuldenabbau zu nutzen. Allerdings darf dies keine einmalige Maßnahme bleiben und die Kommunen dürfen dadurch nicht zusätzlich belastet werden. Deshalb ist es notwendig, die Krankenhausfinanzierung grundlegend neu zu ordnen.

Haushaltstricks, um eine Spardose für Landesregierung anzulegen

Die Rückabwicklung von drei Sondertilgungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB) bezeichnen Experten als „Spardose“ und „Rücklage“ für die Landesregierung.

Sie sichert sich damit 885 Millionen Euro für zukünftige Haushalte, da sie befürchtet, sonst die Schuldenbremse nicht einhalten zu können. Dem BLB entsteht dadurch ein Zinsverlust, da er ein Darlehen beim Land aufnehmen muss, was mit 4,1 % verzinst ist. Marktüblich sind unter 2 %.

Mit einer zusätzlichen Kreditermächtigung für die WestLB Abwicklung wird ein neuer Nebenhaushalt geschaffen. Dies sorgt nach Einschätzung von Experten in der Landtagsanhörung für Intransparenz über die Verschuldung.

Koalitionsfraktionen schränken Beratungsverfahren ein

Ohne inhaltliche Begründung haben CDU und FDP die Beratungen des Nachtragshaushaltes eingeschränkt. Obwohl die Landesregierung erklärt hatte, dass es keine Notwendigkeit gibt, den Nachtragshaushalt im Oktober zu verabschieden, haben die Koalitionsfraktionen das übliche Beratungsverfahren verkürzt, um eine weitere Diskussion des Nachtrages zu verhindern. Die SPD hatte angeboten, ein verkürztes Verfahren mitzutragen, wenn es dafür eine inhaltliche Begründung gibt und eine solche Verkürzung gemeinsam verabredet wird. Auf dieses Angebot gab es bis zur Sitzung des Haushalts und Finanzausschusses keine Antwort.

In der Sitzung wurde dann, ohne Begründung mitgeteilt, dass die Koalitionsfraktionen darauf bestehen, auf eine weitere Beratung im Ausschuss und eine 3. Lesung im November zu verzichten.

Damit wurde eine Chance vertan, offene Fragen etwa zur Krankenhausfinanzierung und zum Neukredit für den BLB zu klären und notwendige Nachbesserungen am Nachtrag vorzunehmen.

Haushaltsspielräume nutzen für wichtige Zukunftsinvestitionen und für Schuldenabbau

Die SPD-Landtagsfraktion hat mit einer Reihe von Änderungsanträgen notwendige Schwerpunkte für den Nachtragshaushalt aufgezeigt und dabei insbesondere die Hinweise der Experten aus den Anhörungen aufgegriffen:

Kommunen unterstützen

- Die Kommunen werden bei den zusätzlichen Krankenhausinvestitionen dauerhaft nicht belastet, das Land übernimmt die zusätzlichen 100 Mio. Euro.
- Bei der Finanzierung der geduldeten Flüchtlinge werden die Kommunen mit zusätzlichen 315 Mio. Euro unterstützt.

Schulen stärken

- Nach einem ersten Schritt bei Grund- und Hauptschulleitern, soll auch die Besoldung der Konrektoren verbessert werden.
- 3299 Stellen zur Stärkung der Schulen vor dem Hintergrund der Herausforderungen der Integration durch Entfristung dauerhaft sichern und Planungssicherheit schaffen.

Sozialer Arbeitsmarkt erhalten

- Die vorgesehene Kürzung von 10 Mio. Euro wird zurückgenommen.

Justiz entlasten

- Um die überlasteten Verwaltungsgerichte zu entlasten, werden 52 zusätzliche Stellen geschaffen.

Ministerialbürokratie nicht aufblähen

- 93 der vorgesehenen 139 neuen Stellen in der Ministerialbürokratie werden gestrichen, einschließlich aller zusätzlichen B7-Stellen. Gleichzeitig sollen alle neuen Stellen kw-Vermerke erhalten, damit sie nicht dauerhaft zusätzliche Kosten verursachen.

Solide finanziert und Schulden abbauen

- Finanziert werden können die Maßnahmen durch den Verzicht auf das neue Darlehen an den BLB von 885 Mio. Euro und Minderausgaben von 122 Mio. Euro, die laut Auskunft des Finanzministeriums entstehen.
- Insgesamt würden die Schulden des Landes bei Umsetzung der SPD Vorschläge um über eine halbe Milliarde Euro gesenkt.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die unsoziale und unsolide Haushaltspolitik die mit dem Nachtrag betrieben wird zu beenden;
- mit den zusätzlichen Rekordsteuereinnahmen einerseits notwendige Zukunftsinvestition u.a. für Kommunen und Schulen zu tätigen und andererseits Schulden abzubauen;
- auf die maßlose Aufblähung der Ministerialbürokratie, unsoziale Kürzungen und Haushaltstricks zur Bildung von Rücklagen zu verzichten.

Norbert Römer
Marc Herter
Martin Börschel
Stefan Zimkeit

und Fraktion